

Er erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaktion und Expedition
Johannstraße 33.
Zugabe der Redaction:
Donnerstag 10—12 Uhr.
Freitag 4—6 Uhr.

Wichtiges der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Artikel an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 10 Uhr.
In den Filialen für Zus. Anträge:
Otto Krumm, Unterwallstraße 22,
Ludwigstraße, Anhalterstr. 18, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftverkehr.

Anlage 15,500.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Frachtporto 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerepolar 10 Pf.
Schichten für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 45 Pf.
Jahrespreis 5 M. 50 Pf. Vierteljahr 2 M.
Besondere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Labelscher
Etag nach höherem Tarif.
Kontanten unter dem Redactionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Jahresrate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Abdruck wird nicht
gegeben. Zahlungen pro numerum da
oder durch Postwechsel.

No. 164.

Donnerstag den 13. Juni 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Längs der Grundstücke der neuen Schulen an der Krands- und Mollkestraße, sowie den Straßen Q und R des südlichen Bebauungsplanes soll das Pflaster der Fußwege hergestellt und an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus II. Etage Zimmer Nr. 1 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Begüligte Offerten sind versegelt und mit der Aufschrift:

„Pflasterwerkung an der VI. Bürger- und VI. Bezirks-Schule“

versehen ebendahin und zwar

bis zum 22. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr

einzureichen.

Leipzig, am 11. Juni 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bilisch, Refdr.

Bekanntmachung.

Längs der Grundstücke der neuen Schulen an der Krands- und Mollkestraße, sowie den Straßen Q und R des südlichen Bebauungsplanes sollen breite Granit-Trottoir-Platten und Granit-Schwellen zur Einfassung der Fußwege gelegt und an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus II. Etage, Zimmer Nr. 1 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Begüligte Offerten sind versegelt und mit der Aufschrift:

„Trottoir- und Schwellenlegung an der VI. Bürger- und VI. Bezirks-Schule“

versehen, ebendahin und zwar

bis zum 22. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr

einzureichen.

Leipzig, den 11. Juni 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bilisch, Refdr.

Bekanntmachung.

Die zur Submission ausgeschriebene Lieferung von zweihundert Schulbänken ist vergeben und werden daher die nicht berücksichtigten Bieter hiermit ihrer Gebote entlassen.

Leipzig, den 11. Juni 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bilisch, Refdr.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Klempnermeister Herr Julius Gaudold, Johannstraße 18,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet, und den Befehl der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, am 7. Juni 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gattwig.

Versteigerung von Bauplänen.

Zwei der Stadtgemeinde gehörige Baupläne an der Meinen Burggasse von 401 q Meter Gartenstraße 476

Waldenplan sollen unter den in unserem Bauamt (Rathhaus II. Etage) nebst dem betr. Parcellenpläne zur Einsichtnahme ausliegenden Bedingungen

Freitag den 14. ds. Mon. Vormittags 11 Uhr

an Rathstafel zum Verkauf veräußert werden. Der Versteigerungstermin wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet, die Versteigerung selbst aber bezüglich eines Jeden der beiden auszubietenden Baupläne geschlossen werden, wenn ein weiteres Gebot darauf nicht mehr erfolgt.

Leipzig, den 8. Juni 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Iröndlin. Cerutti.

Leipzig, 12. Juni.

Morgen tritt in der Reichshauptstadt der Congreß zusammen, der dazu bestimmt ist, die orientalische Frage einer endlichen Lösung zuzuführen — seiner endgültigen und einen ewigen Frieden vergebenden, aber doch einer solchen Lösung, die das Gelingen dieser Frage auf lange Jahre hinaus zur Ruhe bringen soll. Berlin, die deutsche Stadt, ist unterdessen, der Sitz der wichtigsten Verhandlungen zu sein, zu denen die hervorragendsten Vertreter aller Großmächte wallfahrten und auf die ganz Europa mit Spannung harret wie einst die Griechen auf die Aussprüche des Orakels zu Delphi. Wir haben in den letzten Wochen so viel des Bösen und Bitteren über uns ergehen lassen müssen, der deutsche Name ist mit so vielen häßlichen Flecken bedeckt worden, daß wir fast verlernt haben, uns der Richtpunkte zu freuen, an denen das neue Deutschland trotz allem doch auch seinen Rang hat. Die letzten Vorgänge haben uns tief gebeugt und mit unserem Kaiser Alle, die treu zu ihm stehen, schwer und schmerzlich verwundet; aber der alte Gott der Deutschen lebt noch; er zeigt uns in der wunderbaren Errettung und Genesung unseres ehrwürdigen Führers und in dem hochpolitischen Ereigniß, das sich jetzt in Berlin vollzieht, freundliche Bilder deutschen Glückes, deutscher Ehre und Größe, die wohl geeignet sind, unser Nationalgefühl zu stärken und zu erquickeln. Früher konnte, wie Napoleon sich brüstete, kein Kanonenschuß in Europa fallen, der nicht vorher in Paris angemeldet war; dort wirkte man über Krieg und Frieden, dort wurden Verträge zerissen und geschlossen, dort die Karte Europas festgelegt. Jetzt ist Berlin an Stelle von Paris, Deutschland an Stelle Frankreichs getreten, aber nicht mit dictatorischen Ansprüchen, sondern in der selbstgewählten bescheidenen Stellung des „ehelichen Ritters“, die Fürst Bismarck zum Inhalt und Zweck seiner europäischen Politik gemacht hat. Das die Minister Russlands, Englands und Oesterreichs jetzt unter einem Dach sitzen, daß Westfalen, Beaconsfield und Andrassy jetzt in friedlicher Verständigung die Frage besprechen, die seither der Jantapfel unter den von ihnen geleiteten Mächten war, Das ist ein Triumph deutscher Politik, über den wir uns wohl freuen dürfen. Die Freude wird sich noch steigern und in Handel und Wandel sichtbar zum Ausdruck kommen, wenn alle die Schwierigkeiten und Verwicklungen, die dem Congreß noch bevorstehen, überwunden sein und die Verhandlungen zu dem erhofften Resultat geführt haben werden. Das dieses Resultat erreicht werde, dürfen wir mit Zuversicht erwarten; denn der Congreß ist nur ein äußeres Symbol der Friedensarbeit, die schon seit Wochen und Monaten im Werk und in erfreulichem Fortgange ist. So fern dem Berliner Congreß herzlich begrüßt; möge er glücklich vollenden, was er unter günstigen Umständen beginnt; möge er der armen, friedensbedürftigen Welt recht bald einen gefunden und dauerhaften Frieden beschere!

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 12. Juni.

Ueber das Besinden unseres Kaisers giebt folgendes Telegramm erfreuliche Auskunft:
Berlin, 11. Juni. Bulletin von 9 Uhr 30 Min. Abends. Seine Majestät der Kaiser haben einen großen Theil des Tages bei geöffnetem Fenster im Anstalt sitzend zugebracht und sich am Gemüthlicher Luft erquickt. Anderweitige Veränderung im Besinden während des Tages nicht zu bemerken.
Dr. v. Rauer. Dr. v. Langenbeck. Dr. v. Wilms.

Wenig mehr als eine halbe Stunde hat der Bundesrath am Dienstag dazu gebraucht, um dem preussischen Antrage auf Auflösung des Reichstages einstimmig seine Zustimmung zu erteilen. Man darf nun der Veröffentlichung der betreffenden Verordnung im „Reichsanzeiger“ entgegensehen. Der äußerste Termin für die Abhaltung der Neuwahlen würde allernächsten auf den 10. August fallen. Die Regierung wird ihn indes sicherlich so früh ansetzen, wie es die notwendigen Vorarbeiten überhaupt gestatten. An Alle, die es angeht, richtet sich damit die Aufforderung, auch ihrerseits mit den zu thunenden Schritten nicht zu zögern.

Die Organe der deutschconservativen und leider auch der freiconservativen Partei haben die Wahlbewegung in einer Weise eingeleitet, welche angesichts der dringenden Nothwendigkeit einer Zusammenfassung aller staatsverhaltenden Elemente gegenüber der gemeinsamen Gefahr auf die Verhältnisse der beklagten ist. Um so mehr Gewicht wird darauf zu legen sein, welche Stellung die Regierung zu dem Wahlen zu nehmen gedenkt. Die „Tribüne“ bringt hierüber einen bemerkenswerthen Artikel, in welchem es heißt: „Die Regierung vermahnt es vorläufig, sich mit dieser Haltung von „Freunden“ öffentlich zu zeigen. Sie hat die Gelegenheit benützt, ihre vollkommene Nichtbeileidung an diesen heftigen Angriffen gegen die liberale Partei zur Kenntniß hervorragender Mitglieder der Reichstagsmajorität zu bringen, und wir glauben hinzusetzen zu dürfen, daß die Berücksichtigung eine durchaus loyale Aufnahme gefunden hat. ... Die Absicht des Reichstanzlers wäre, heißt es, nicht dahin gerichtet, um jeden Preis durch die Neuwahlen neue Männer oder — wie das Schlagwort der schlechten Pioniere der Reaction lautet — „frisches Blut“ ins Parlament zu bringen, vielmehr soll er der Ueberzeugung sein, daß auch die bisherigen Träger der Majorität im Reichstage, wenn sie wiederkommen, den Eindrücken des Wahllapses folgend, freieren und sichereren Sinnes sein würden, als im Augenblick.“ Es wird abzuwarten sein, ob sich diese Angaben durch die thatsächliche Haltung der Regierung in der nächsten Zeit bestätigen werden. Einstweilen pflichten wir der „Tribüne“ bei, wenn sie meint: „Das jetzt haben wir außer dem gemeinsamen socialdemokratischen Feinde nur diejenigen in grundsätzlicher Feindschaft gegen uns, die in der Bestürzung der Nation Vortheil für ihren „politischen Niederhand“ suchen und in übereifriger, zuübrigem Liebedienerei — hier in deutschconservativem, dort in freiconservativem Parteinteresse — die Gemüther des Volkes verwirren, anstatt die Action der Regierung durch Gewinnung aller hilfsbereiten Kräfte zu stärken.“ — Mit aufrichtiger Freude werden alle wahren und unegennütigen Freunde des Vaterlandes die Worte vernehmen, welche der Kronprinz dieser Tage an eine Deputation der städtischen Behörden von Berlin gerichtet hat. Bei dieser an höchster Stelle herrschenden klaren und festen Ueberzeugung, daß nur ein Kampf mit „ver-einten Kräften“, ein Kampf, in welchem jeder Einzelne in freudiger Erfüllung seiner Bürgerpflicht mitwirke, die den Staat und die Gesellschaft bedrohenden Gefahren überwältigen könne, ist die Hoffnung gefaßt, daß die Wahlbewegung durch jene, welche sich in der vorigen Woche fast wie die privilegiirten Staatskretzer gebunden, nicht in eine Richtung gedrängt wird, die für unsere politische Entwicklung auf lange Zeit hinaus verderblich werden müßte.

Die „Postliche Ztg.“ schreibt: Es geht uns die erfreuliche Mittheilung zu, daß jetzt von vielen kirchlich, rechtlich und moralisch getriebenen Familien-

freien der Residenz energische Manifestationen gegen die verwerflichen Lehren der Socialdemokratie und ihre, leider größtentheils verführten Anhänger erfolgen, resp. vorbereitet werden. Denn nicht nur, daß bereits bei der hiesigen Vormundschafthohe Anträge auf Entsetzung solcher Vormünder, welche ostentiv ihr Socialdemokratenthum zur Schau tragen, von der Kirche sich fern halten und ihre eigenen Kinder nicht mehr taufen lassen (cfr. § 19 alinea 2 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875) vorliegen, so ventiliren auch bereits fast alle Privatunterstützungsvereine und zahlreiche Hauswirthe die Frage, wie sie sich solchen Verun und ihren Umstarzideen gegenüber fortan zu verhalten haben.

Gutem Vernehmen nach hat das preussische Staatsministerium den Minister des Innern beauftragt, diejenigen Maßregeln zu bezeichnen, welche auf Grund der preussischen Gesetzgebung im Interesse der öffentlichen Sicherheit, namentlich der Hauptstadt, und zur Wiederherhaltung der socialdemokratischen Agitation sofort ergriffen werden können.

Aus Württemberg berichtet der „Schwäbische Merkur“: „Nobling's Attentat hat bei uns sprachlose Entrüstung und Niebergelassenheit hervorgerufen. Doch werde ich mich wohl hüten, das übliche „in allen Kreisen“ hinzuzufügen; denn es wäre ein gleichender Schein oder eine gefährliche Selbsttäuschung. Es ist nicht wahr, was man sich oft vorpiegelt, daß nur in der Großstadt Berlin der Boden für das giftige Kraut vorhanden ist, das wir gegenwärtig mit Entsetzen aufwachen sehen. Nur wer keinen Verkehr mit der unteren Volksschicht hat, kann das sagen. Die Frechheit und Ungeheuerlichkeit ist überall verhältnismäßig die gleiche. Es war noch lange nicht das Schlimmste, wenn man bei den Schredens-telegrammen beobachten konnte, daß die Leute (und nicht nur ungebildete) entweder mit Stumpfheit das Gräßliche vorlesen hörten und höhnische Bemerkungen machten. Es kommen uns auch Neugierigen zu Ohren, die wie ein Geschick der Pöbel reden. Wären wir Gebildete in der Regel nicht so bis über die Ohren in unser Gehäuse verflochten, so hätten wir längst erkennen müssen, wie tief krank die Gesellschaft ist.“ Aus einer andern Stadt berichtet der „Merkur“, daß zwei Schüler wegen frecher, nicht widerzugebender Aeußerungen aus Anlaß des Attentats vom Lehrcollegium bestraft wurden. Das sind schlimme Zeichen.

Seit dem verhängnisvollen zweiten Attentat ist die öffentliche Stimmung auch in Frankfurt a. M. eine höchst niedergeschlagene, zumal neben aller Hoffnung auf baldige Wiedergenehung des geliebten Fürsten eine Menge Anzeichen weit verbreiteter, staatsfeindlicher Stimmung täglich größere Beunruhigung erzeugen. Drohbriefe sind auch in Frankfurt mehrfach verwendet worden, in welchen sogar mit Anzündung ganzer Straßen gedroht wird. Ein Industrieller erhielt die briefliche Drohung, falls er die bisherigen (durch Geschäfts-Fianheit veranlaßten) Lohnabzüge am nächsten Zahlungstage wiederhole, würde seine Werkstätte in Feuer aufgehen und noch ein Schrottschuß für ihn übrig bleiben. Schmerzliches Aufsehen erregt die von den Secundanern des Gymnasiums dem Director angezeigte Aeußerung des 17jährigen Sohnes eines sehr geachteten Arztes, welcher öffentlich sagte, es sei zu bedauern, daß Nobling nicht besser getroffen. Auf den Vorhalt und die Wider-ruf-Aufforderung des Directors entgegnete der Angezeigte vor allen Mitschülern, seine Ehre (!?) erlaube ihm keinen Widerruf. Sofortige Auf-losung und Anzeige war die Folge dieser verstockten Rücksichtslosigkeit.

Aus Oldenburg, 9. Juni wird gemeldet: Ein wirklich überraschendes und unerhörtes Ereigniß hat sich hier heute Morgen zugetragen. Als beim Gottesdienste in der Garnison-Kirche der Divisionspfarrer Dr. Brand in seiner Predigt die Socialdemokratie erwähnte, einen wie verwerflichen Einfluß sie ausübe und wie sie alle Moral untergrabe, entfiel plötzlich ein fürchterliches Wurren und Gebrause, welches von den zur Kirche commandirten Dragonern aufging. Die Infanteristen und Artilleristen, welche ebenfalls zur Kirche commandirt waren, verhielten sich jedoch vollständig ruhig. Die Unterjuchung ist im Gange. Sechs Mann wurden vorläufig in Arrest gebracht.

Aus Köln, 10. Juni berichtet man: Ein socialdemokratischer Agitator, der Gerber und Ritterbeiter des „Vormärts“, Joseph Dieffen, wurde vorgestern von Siegburg gefänglich hier eingebracht. Denselben ist Verlegung der §§ 110, 130, 131 und 166 zur Last gelegt. — Den zu Deutz in der Artillerie-Bezirksstelle beschäftigten socialdemokratischen Arbeitern war aufgegeben, sich bis Sonnabend Abend zu erklären, ob sie aus der Partei austreten wollten oder nicht. Diejenigen, welche die Erklärung abgaben, nicht austreten zu wollen, wurden entlassen.

Der Congreß giebt dem deutschen Kronprinzen Gelegenheit, als Stellvertreter des Kaisers die Vertreter der fremden Mächte als seine Gäste bei sich zu empfangen, und die Entfaltung glänzender Festlichkeiten ist möglich, weil glücklicher Weise des Kaisers Besinden den Umständen nach vorzüglich genannt werden darf. Am Donnerstag Abend um 7 Uhr findet im Weißen Saale des königlichen Schlosses ein Galadiner statt, zu welchem der Kronprinz an die Congreßbevollmächtigten und deren diplomatisches Gefolge, sowie an das gesammte diplomatische Corps, an die Bundesrathbevollmächtigten und die Minister, außerdem an hohe Militärs und distinguirte Gelehrte Einladungen hat ergehen lassen. Das zweite größere Diner zu Ehren der Congreßmitglieder giebt Prinz Friedrich Karl, und außerordentliche Festlichkeiten werden, durch den Kronprinzen veranstaltet, in Potsdam stattfinden. Die Kaiserin wird die Vertreter der fremden Mächte im kronprinzipalen Palais, nicht in ihrem eigenen Palais, sehen, weil der Zustand des Kaisers die größte Schonung nöthig macht. Sollte der Congreß etwa 14 Tage dauern und der Kaiser bis dahin einigermaßen gekräftigt sein, so würde er die fremden Minister einzeln empfangen; jedoch ist das nur des Kaisers persönlicher Wunsch, der sich den Anordnungen der Leibärzte unterordnen muß. „Laß Alles recht hübsch machen, Fritz, damit's den Herren hier gefällt!“ — dies Wort des Kaisers bedeknet, mit welchem Interesse der Monarch Alles verfolgt, was rings um ihn her sich zuträgt.

Aus Berlin, 11. Juni, meldet man der „West-zeitung“: Der Kronprinz empfing heute Nachmittags 4 Uhr die französischen Congreßbevollmächtigten in feierlicher Audienz im königlichen Schlosse. Die übrigen Delegirten treffen erst heute Abend oder morgen ein. Donnerstag Abend 7 Uhr findet anlässlich der Eröffnung des Congresses großes Galadiner im weißen Saale des königlichen Schlosses statt, woran die königliche Familie, die Fürstlichkeiten, die Congreßbevollmächtigten mit ihren Attachés und die Minister Theilnehmen. — Die politischen Kreise sehen den Congreß-Verhandlungen mit vielem Vertrauen entgegen; die „Kron-Ztg.“ erfährt, es sei Hoffnung vorhanden, ein geheißer Abluß derselben werde schon um Mitte Juli stattfinden. Andererseits hält man ein noch früheres Ende derselben